



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1921

558 (1.12.1921) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-200688](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-200688)

Parteitag der Deutschen Volkspartei in Stuttgart.

Sitzung des Zentralvorstandes.

Stuttgart, 30. November.

Heute vormittag trat hier in der Halle des Stadgartens zur Einleitung des Parteitages der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen. Der zweite Vorsitzende, Finanzminister Uggelien, Dr. v. Richter eröffnete die Tagung mit der Mitteilung, daß Dr. Stresemann durch eine leichte Erkrankung verhindert sei, zur Sitzung des Zentralvorstandes nach Stuttgart zu kommen, daß man aber auf das Erscheinen des Parteiführers zur Eröffnung des Parteitages hoffen könne. Der Zentralvorstand nahm die Mitteilung mit lebhaftem Beifall auf und beschloß, ein Telegramm mit den besten Wünschen an Dr. Stresemann abzugeben.

Der Zentralvorstand wies mit über rund 250 Teilnehmern eine fast vollzählige Besetzung auf.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die politische Lage.

Anstelle des Abg. Dr. Stresemann erstattete Abg. Dr. Hugo hierzu den Bericht.

Die fundamentale Tatsache, so etwa führte er aus, ohne die man keine Politik treiben kann, ist der Druck der Gewalt, der von außen auf Deutschland ruht. Im Mittelpunkt unserer Politik muß das Streben stehen, diese Gewalt zu beseitigen, Deutschland wieder aktionsfähig zu machen, sobald es wieder Schmach seines eigenen Schicksals sein kann. Das wird nicht eher kommen, als bis die Grundforderung unserer Partei erfüllt ist: die Revision der Versettlungen, die die deutsche Reichsregierung gegenüber der Entente eingegangen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben es deshalb immer abgelehnt, der Regierung für diese Verpflichtungen eine politische Vollmacht auszustellen. Trotzdem stehen wir vor der Tatsache, daß solche Verpflichtungen vorhanden sind. Unsere reine Macht ist gering. Wir haben auch keine Verantwortung, uns der Illusion hinzugeben, als ob die internationalen Mächte bereit wären, den deutschen Interessen irgendwelche Rechnung zu tragen. Von deutscher Seite aus erscheint es mir deshalb notwendig, vor der Welt den bündigen und klaren Nachweis zu erbringen, daß die Forderungen, die man uns auferlegt hat, unerfüllbar sind, und daß die

Politik der Erfüllung eine Illusion ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen es offen aussprechen, daß die Tatsache, die Unüberführbarkeit dieser Politik erwiesen haben und zwar viel schneller als wir es selber glaubten. (Sehr richtig.) Wir müssen deshalb fordern, daß auf Grund des Artikels 234 des Friedensvertrages eine Revision eintritt, da Deutschland nicht in der Lage ist, das von ihm Geforderte zu leisten. Leider läßt es die Reichsregierung in der Führung der auswärtigen Politik an der nötigen Initiative fehlen. (Sehr richtig.) Wir vermessen es auch, daß die Reichsregierung nicht in scharfer Weise gegen die Unfähigkeit der Befehlsgewalt Front macht, die uns zu den unproduktiven Ausgaben zwingt. Wir vermessen es weiter, daß sie nichts unternimmt, um den Beweis gegen die Schuldfrage zu führen. (Lebhafte Zustimmung.) Alle diese Fehler sind der Auffassung zuzuschreiben, die die Regierung von ihrer Erfüllungspolitik hat. Wir empfinden es schmerzhaft, daß der Reichskanzler bisher kein Wort der Erwiderung auf die Beschuldigungen gefunden, mit denen Brand in Washington Stimmung gegen Deutschland zu machen versuchte. In allen diesen Dingen sehen wir, wie falsch die politische und kessliche Einstellung der gegenwärtigen Erfüllungspolitik ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Eine deutsche Regierung muß in erster Linie das deutsche Interesse vertreten, sie könnte dabei sehr wohl die realen Notwendigkeiten unserer Politik berücksichtigen. Abg. Dr. Hugo berührte in diesem Zusammenhang die Frage der Ausrichtung weiterer Maßnahmen auf die nächste Note und die in Verbindung damit stehende

Kreditaktion der Industrie.

Es sei die Frage, ob man nicht alles versuchen müßte, um die finanzielle Lage so lange wie möglich aufzubringen und damit neue Entwicklungsmöglichkeiten für die deutsche Sache zu schaffen. Man könne nicht die letzten Möglichkeiten unausgeschöpft lassen wollen und keine Verantwortung für ihre Verhinderung übernehmen. Dr. Hugo brachte, daß die Kreditaktion der Industrie keine Sache der Partei, und daß die Deutsche Volkspartei für keine Rundgebung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie verantwortlich sei. Man müsse aber die Kreditaktion als das Mittel betrachten, die sofortige Anwendung von Zwangsmahnahmen zu verhindern. Selbst wenn sie versagen, so haben sie trotzdem sehr starke politische Beweiskraft, insofern sie aller Welt vor Augen führen, daß die deutsche Wirtschaft unmöglich in der Lage sei, die geforderten Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kreditaktion, so führte Dr. Hugo weiter aus, ist im Wachsen. Ich weiß nicht, warum, daß ihr Tod kommt, weil es im wirtschaftlichen Interesse liegt, die Kreditaktion herbeizuführen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß eine Kreditaktion kommen soll.

unser innerer Finanzwirtschaft ganz anders geregelt werden muß. Wir können nicht die Revision verlangen, solange wir nicht selbst den ersten Willen beweisen, unsere Finanzwirtschaft im Innern in gesunde Bahnen zu lenken. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist ein Verdienst des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, daß er auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, unsere Staatsbetriebe zu sanieren. Am liebsten sehen Form und Inhalt seiner Rundgebung hier nicht zur Debatte, da die Deutsche Volkspartei dafür keine Verantwortung trägt. Wir können uns darauf beschränken, auszusprechen, daß es für uns eine absolute Selbstverständlichkeit ist, daß die Rechte der Beamtenschaft durch eine etwaige Umstellung der Reichsbetriebe in keiner Weise beeinträchtigt werden dürfen, und daß dabei auch das öffentliche Interesse gegenüber etwaigen Privatinteressen gewahrt werden muß. (Lebhafte Zustimmung.)

Die parteipolitischen Gegensätze sind bei der eben berührten Frage nicht stark in die Erscheinung getreten. Das führt uns erneut die Notwendigkeit vor Augen, alle politischen Entzweiten des deutschen Volkes zusammenzufassen. In diesem Sinne haben wir auch die Frage der Koalitionsbildung stets vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Es muß dabei einstrichen werden, daß die politische Zweckmäßigkeit der

Logananten großen Koalition

für uns nur gegeben ist, wenn die Deutsche Volkspartei innerhalb der Regierung ein genügend starke Möglichkeit zur Ausübung ihres politischen Einflusses besitzt. (Sehr richtig.) Als uns die Möglichkeit versagt war, bei der obersten Entscheidung im Sinne unserer Auffassung zu wirken, haben wir den Gedanken der großen Koalition zurückstellen und es uns versagen müssen, an der Regierung teilzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist auch notwendig, auszusprechen, daß die Deutsche Volkspartei nun sich aus gar keine Veranlassung hat, bei der Frage der Koalitionsbildung die Deutschnationalen auszuscheiden. (Lebhafte Zustimmung.) Das Gegenteil ist richtig. Es war aber bisher unmöglich, die Zustimmung der Sozialdemokraten, der Demokraten und auch des Zentrums zur Einbeziehung der Deutschnationalen zu erhalten.

Die große Koalition kann nicht auf dem Wege langwieriger Verhandlungen erzielt werden, sondern sie muß aus der politischen Lage heraus sich ergeben und praktischen Notwendigkeiten Rechnung tragen. Für uns wird dabei immer die Voraussetzung bleiben, daß gewisse Mindestforderungen unserer Partei in der inneren und äußeren Politik erfüllt werden müssen. Die Koalitionsfraktion steht hierin auf dem gleichen Standpunkt wie bisher. In Preußen ist die große Koalition durchgeführt worden. Auch hier ist nicht die Idee an sich die Rechtfertigung, sondern erst die tatsächlichen Erfolge wer-

den zu beweisen haben, ob sie ihre Aufgabe wirklich erfüllt. (Sehr richtig.)

Dr. Hugo schloß mit dem Hinweis darauf, daß das deutsche Volk nach wie vor vor einer dunklen Zukunft stehe. Ein Hauptverbotnis der deutschen Politik sei die Stärkung des nationalen Willens. Kein Staatsmann könne das deutsche Volk emporführen, wenn die nationale Widerstandskraft so schwach sei wie bisher und vor ernstlichen Proben immer wieder verlasse. Aufgabe der Deutschen Volkspartei ist es, den nationalen Geist aufzurütteln und auch auf dem gegenwärtigen Parteitag nationale Arbeit dieser Art zu leisten. National durchdringen und durchhalten, das sei unsere Parole. (Lebhafte Beifall.)

Minister Dr. Baumbach sprach zunächst über die Notwendigkeit der großen Koalition, die von der gesamten Nation gefordert worden sei, und die an Personenfragen nicht hängen dürften.

Jede der Parteien ist sich bewußt, daß sie bei der tatsächlichen Durchführung in einer Anzahl von Fragen Opfer bringen muß. Grundzüge braucht dabei keine Partei aufzugeben. Das hat Minister Braun vor wenigen Tagen in sozialistischen Versammlungen erklärt, und das ist auch hier zum Ausdruck gebracht worden. Das gilt für alle drei Parteien. Bezüglich der schwierigen Frage, wie sich die

Grundzüge der Kulturpolitik der Deutschen Volkspartei

Im Rahmen der Koalitionsregierung verwirklichen lassen, kann das offizielle Regierungsprogramm vollständig beruhigen. Es fordert an erster Stelle die soziale Versöhnung, der Ausgleich der großen Gegensätze auf sozialem Gebiet. Die Deutsche Volkspartei hat seit ihrem Bestehen die Einheitschule gerade von diesem sozialen Gesichtspunkt aus gefordert. Die Partei der „Arbeitsgemeinschaft“ steht gerade in

dem sozialen Ausgleich

eine ihrer Hauptforderungen. Wir wollen keine überspannte Individualisierung, sondern Dienst an der Volksgemeinschaft. Hier muß die Erziehung in härterem Maße einwirken als bisher. Gerade die Deutsche Volkspartei hat als die vielseitigste Partei der Intelligenz die Aufgabe, hierbei in hervorragendem Maße mitzuwirken. Wenn die Regierungserklärung von der Erziehung zur Staatsgesinnung, zur Behauptung des Staates spricht, so denkt sich das mit allem, was auch von der Deutschen Volkspartei gefordert worden ist. Alles andere würde Anarchie bedeuten. Der Ausbau der Schule soll sich im Rahmen der Reichsverfassung vollziehen. Ich lege Gewicht darauf, auch an dieser Stelle zu betonen, daß ich als liberaler Politiker immer an der Förderung der absoluten Gewissensfreiheit festgehalten habe. Die weltliche Schule muß wachsen, und sie wird kommen. Es wäre unbillig, sich ihr mit Wuchsmitteln der Staatsentgegensetzung. Im freikirchlichen Bereich mit anderen Schichten mag sie ihre Existenzberechtigung beweisen. Auf der anderen Seite verlangen wir unter allen Umständen für uns und unsere Kinder die Möglichkeit der

Erziehung zur weltlichen Beruflichkeit

Es wird in Zukunft weltliche und Simulationschulen, aber auch konfessionelle Schulen geben müssen. In der unbedingten Garantie der Erhaltung des religiösen Geistes in der Erziehung werden wir mit allen Mitteln festhalten. Unser Ziel und unser Ideal ist die nationale christliche Einheitschule. Sie ist durch das Kompromiß in Weimar gesichert worden. Es gilt jetzt zu erhalten, was erhalten werden muß für uns und unsere Kinder. In diesen Schulen unsere Jugend aus den halben Erinnerungen des Deutschen Volkes heraus zu deutschen Staatsbürgern zu erziehen, wird immer unsere Hauptaufgabe sein.

Die große Koalition ist von der preussischen Landtagsfraktion einstimmig gefordert worden als eine Staatsnotwendigkeit. In Berlinfragen dürfte der Gedanke nicht scheitern. Die Namen Seegering und Braun werden uns immer entgegengehalten, aber den sozialdemokratischen Ministern werden die Namen v. Richter und Baumbach genau so entgegengehalten. Der Entschluß ist uns beiden mehrfach nicht leicht geworden. Aber nachdem der Ruf an uns ergegangen war, wäre es eine Feilschaft gewesen, in diesem Augenblick nicht an die Stelle zu treten, auf die uns das Vertrauen unserer Fraktion stellen wollte. Haben Sie Vertrauen zu uns, stellen Sie sich hinter uns, dann wird die große Koalition ihre Aufgabe erfüllen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte der Mitte am Wiederaufbau mitzuwirken. (Lebhafte Beifall.)

Nach ausgedehnter Aussprache wurde eine Vertrauensvotumabgabe für die Reichstagsfraktion und die preussische Landtagsfraktion angenommen.

Am Abend fand ein Begrüßungsfecht statt.

Feierstellung der Arbeiterdelegation.

Lopale und vollkommene Erfüllung der Entwaffnungs-Vorschriften.

Berlin, 1. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Die Internationale Arbeiterkommission verläßt nach achtstägiger Studienfahrt durch Deutschland, bei welcher sie auch auf die Friedensproduktion einstellte, vornehmlich Munitionswerkstätten beschäftigt hat, heute Berlin. Vor ihrer Abreise ist der französische Sozialist Jouhaux von einem Mitarbeiter der „Post“ befragt worden. Jouhaux erklärte, er und seine Gefährten hätten die Ueberzeugung gewonnen, daß in allen von ihnen besichtigten Werken die Bestimmungen und Vorschriften des Friedensvertrages loyal und vollkommen erfüllt wurden. Die Forderungen der letzten Note der Internationalen Kontrollkommission seien zumindest erfüllt. Die letzte Garantie gegen die Erneuerung der Produktion von Kriegsmaterial, sagte Herr Jouhaux als gesinnungstester „Genosse“ hinzu, liege in der Entschlossenheit der Arbeiterschaft. Dann brach in ihm doch wieder der französische Humor ein und er glaubte auf den Fall der Rückkehr zurückgreifen zu müssen, der dem Verständigungswillen die Arbeit erschwere.

Herr Jouhaux bemerkte dann des weiteren, die Annahme der britischen Vorschläge betr. den Abbau der militärischen Sanktionen am Rhein und die Beschränkung der Ueberwachungskommission am Rhein würden einen gewaltigen Fortschritt in der allgemeinen Entspannung bedeuten. Seiner Ansicht nach wäre es zweckmäßig, daß die militärische Kommission durch einen Austausch von etwa ein Dutzend Zivilfachverständigen ersetzt würde. Wenn man sieht, wie Herr Jouhaux bei alledem der recht skeptische, raschenmäßig beeinflusste Franzose.

Die Wiederaufbaufrage.

Der Wiederaufbau in Frankreich.

Berlin, 1. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Der französische Wiederaufbauminister Jouhaux hat gestern 2 parlamentarische Vertreter aus der Gegend des Chemin des dames, welche ihn im Rahmen der dortigen Bevölkerung erluchten, deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau zu berufen, empfangen. Jouhaux erklärte den beiden Delegierten, falls Deutschland statt der dafür versprochenen 1200 Mann 3000 Arbeiter schicken könnte, würde der Chemin des dames in erster Linie berücksichtigt werden. Jouhaux hob hervor, daß die Berufung deutscher Arbeiter nur erfolgen kann, wenn Deutschland die Löhne bezahlt. Falls der Versuch mit den deutschen Arbeitern gänzlich ausfalle, würden die anderen Gebiete antizipal davon benachteiligt werden. Jouhaux sprach sich auch dabei gegen eine Abstimmung der geschädigten Bevölkerung über die deutsche Mitwirkung bei dem Wiederaufbau aus.

Deutsches Reich.

Vom Reichsverband der deutschen Industrie.

Berlin, 1. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Zu den letzten Meldungen über die Präsidentschaft des Reichsverbandes der deutschen Industrie erklärt der Verband, daß das Präsidium sich mit der Frage der im Ausland aufzunehmenden Kredite und den angeblich von dem Reichsverband für die Ausbringung dieser Kredite zu fordernden Voraussetzungen überhaupt nicht befaßt und auch Hugo Stinnes über seinen Aufenthalt in London nicht gesprochen habe. Die Sitzung galt der Erledigung laufender Geschäfte. Der Ausschuss des Verbandes für die Kredithilfe hat sich gemäß der vom Reichsanwalt übermittelten Wünsche mit der Wahl von Kommissionsmitgliedern beschäftigt.

Der Schutz der Republik.

Berlin, 1. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Das Reichsministerium beschäftigte sich, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erfährt, in seiner gestrigen Sitzung mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Strafrechts an die veränderten verfassungsrechtlichen Verhältnisse. Damit ist wohl der Entwurf zum „Schutz der Republik und ihrer Einrichtungen“ gemeint.

Die Eingliederung Waldeck-Pyrmonts in Preußen.

Berlin, 30. Nov. Der Staatsvertragsausschuss Preußen und Waldeck-Pyrmont über die Eingliederung Pyrmonts in Preußen und in die Provinz Hannover ist nunmehr in Krollen abgeschlossen worden. Für Preußen unterzeichnete Ministerialdirektor Meißner, für Waldeck-Pyrmont der Landesdirektor Schmieding.

Baden.

Der Fall Kantorowicz.

Freiburg i. B., 30. Nov. Im Anschluß an politische Äußerungen des Professors Dr. Kantorowicz von der Freiburger Universität ist hier ein lebhafter Meinungskampf entstanden, der in einer studentischen Versammlung zum Ausdruck kam. Jetzt meldet die „Volkswacht“, daß der akademische Senat der Universität Freiburg, nachdem diese Studentenversammlung einen für den Senat unerwünschten Verlauf genommen hatte, versuchen wollte, für Professor Kantorowicz ein Verbot zu erwirken, sich in irgend einer Weise politisch zu betätigen, die das nationale Empfinden großer Teile der Professoren- und Studentenschaft verletzen könnte. — In der „Freisauer Zeitung“ veröffentlicht eine größere Anzahl hiesiger studentischer Verbindungen, darunter die Arbeitsgemeinschaft deutscher Freistudenten, eine Erklärung, in der es heißt: Der Beschluß der Allgemeinen Studentenversammlung vom 24. November 1921, es sei jede politische Betätigung aus der Hochschule fern zu halten, wird vielfach als ein Vertrauensvotum der Studentenschaft für Herrn Professor Kantorowicz ausgelegt. Wir mißbilligen einmütig die Haltung des Herrn Professor Kantorowicz. Wir vermehren uns dagegen, daß ein Dozent einer deutschen Hochschule in der Auslandspresse das eigene Land erniedrigt und schädigt.

Badischer Landtag.

Kleine Anfrage.

Abg. August Schneider (DVP) Mannheim, hat an die badische Regierung nachfolgende Anfrage gerichtet: „Es wird in den Kreisen der kaufmännischen Anwesenheiten lebhaft Klage darüber geführt, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in zahlreichen größeren und kleineren Orten nicht durchgeführt werden und daß ferner die Aufsichtsbehörden gegen Uebertretungen der gesetzlichen Bestimmungen nicht einschreiten. Die Klagen kommen insbesondere aus Fullendorf, Rastatt, Achern, Bühl und Rehl. Was denkt die Regierung zu tun, um diese Mißstände zu beseitigen?“

Bayern und die Pfalz.

Die Beamtenbesoldung.

München, 1. Dez. (Eig. Drahtber.) Dem bayerischen Landtag ist der Entwurf zur Abänderung des Beamtenbesoldungsgesetzes auf der Grundlage des Reichsbesoldungsgesetzes zugegangen. Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes werden mit 0,6 Milliarden mehr gegenüber dem letzten Jahresbedarf von 1 Milliarde berechnet. Hierzu tritt die Mehrung des Aufwandes für die Ruhestands- und Hinterbliebenenbezüge mit 150 Millionen. Für das Rechnungsjahr 1921 stellt sich der Mehrbedarf auf 88 Millionen. Das Reich glaubt, daß die Mehrausgaben durch die infolge der Geldwertung zu erwartenden Mehreinnahmen gedeckt werden. Inzwischen stellt es den Ländern Vorschläge zur Verfügung. Sollte sich die Erwartung nicht erfüllen, so wird das Reich den fehlenden Betrag als Zuschuß überweisen. Die Gemeinden werden wegen der höheren Zuschüsse an die Länder vermisst. Erforderlichenfalls wird auch das Reich eingreifen und Zuschüsse gewähren.

Geheimorganisationen und Erzberger-Mord.

München, 1. Dez. (Eig. Drahtber.) Die Untersuchung gegen die sogenannte Geheimorganisation A wird, wie die „M. N. Z.“ berichtet, nicht mehr in München, sondern bei der Staatsanwaltschaft Offenburg geführt, um im Zusammenhang mit der Untersuchung über die Ermordung Erzbergers. Die kürzlich gemeldeten Verhaftungen in anderen Städten sind auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Offenburg erfolgt. In München sind außer den Personen, deren Festnahme wegen Verdachts der Mitwirkung erfolgte, keine Verhaftungen mehr vorgenommen worden. Die preussische Abteilung zur Bekämpfung der Geheimorganisation A befindet sich trotz der Erkenntnisse über die sog. Geheimorganisation C weiter. Der Mann, der sich in Dresden der Polizei als Helfer stellte, hat nun selbst zugegeben, daß er nicht der Mörder Erzbergers ist.

Letzte Meldungen.

Radikale Finanzmaßnahmen der österreichischen Regierung. Wien, 30. Nov. Der finanzielle Berater des Finanzministeriums Dr. Rosenberger erklärte heute in einer Rede, die österreichische Regierung sei entschlossen, die finanziellen Zufüsse zu den Lebensmitteln am 1. Januar einzustellen, was wesentlich zur finanziellen Sanierung des österreichischen Staates beitragen würde, um den Rest des Defizits aus dem Budget zu beseitigen. Es werden weitere radikale Steuermaßnahmen getroffen werden, und schließlich innere Anleihen mit Zwangscharakter ausgenommen werden. Wenn auf diese Weise Ordnung in die österreichischen Finanzen gebracht werden, könne mit einem Auslandskredit gerechnet werden. Dr. Rosenberger ist von der Lebensfähigkeit Deutsch-Österreichs überzeugt.

In eigener Sache.

Die Steigerung der Unkosten für die Herstellung der Zeitungen

Die gegenwärtige außerordentliche Teuerungswelle, von der das deutsche Wirtschaftsleben erneut ergriffen worden ist, deren letzte Auswirkung im Augenblick auch nicht annähernd überschauen werden kann, macht sich in ganz besonderem Maße auch im deutschen Zeitungswesen bemerkbar. Die Unkosten steigen fast täglich, und die Möglichkeit, sie durch erhöhte Einnahmen auszugleichen, ist gering. Nach den neuesten, glaubwürdigen Nachrichten soll das Zeitungspapier außer der bereits angekündigten Erhöhung noch einen weiteren Preisaufschlag erleiden. Im Dezember wird das Kilo um 50 Pfg. teurer sein, und vom 1. Januar an will der Papierfabrikantenverband 6 M. für das Kilo verlangen. Damit ist dann eine Verteuerung von 3000 Proz. gegenüber dem Friedenspreis eingezeichnet! Welche Belastung das bei dem gewaltigen Papierverbrauch einer Tageszeitung bedeutet, braucht nicht weiter ausgesagt zu werden. Aber auch andere zur Herstellung einer Zeitung notwendige technische Mittel sind im Preise bedeutend in die Höhe gegangen. Die Zeitungsfarbe kostet heute 8.50 M., das Kilo. Das Blei zum Gießen der Schrift ist von 40—45 M. Friedenspreis für 100 Kilo auf 3000 M. gestiegen. Die Gehälter aller Angestellten müssen natürlich der wachsenden Teuerung angeglichen werden und steigen von Monat zu Monat. Ebenso verhält es sich mit den Arbeitslöhnen. Der Lohn für einen Druckereigehilfen erhöht sich ab 1. Dezember um wöchentlich 100 M., vom 19. Dez. ab um weitere 35 M., wöchentlich. Außerdem ist für Mannheim noch ein besonderer Zuschlag, eine Art „Belohnungszulage“ vereinbart, die Rücksicht auf die Nähe des verteuerten besetzten Gebietes nimmt. Das bedeutet eine wesentliche Mehrbelastung des Ausgabenplans gegenüber Zeitungen anderer Gebiete. Auch die Trägerinnen haben selbstständlichen Anspruch auf Hinaufsetzung ihrer Bezüge nach Maßgabe der Teuerung.

Die mangelnde Einsicht der Regierungstellen — die auch heute noch von der früher immer gerade in ihren Parteifreien befallenen Unterstützung der Presse sich nicht frei machen können — bürdet dem Zeitungsgewerbe außerdem noch drückende Sonderlasten auf: Post- und Telegraphengebühren erschweren und hemmen den Wiederaufbau der Zeitung auf die wünschenswerte Höhe von 1914 und die Steuerpolitik mit der famosen Inseratensteuer u. a. wirkt geradezu erdrosselnd auf die Wirtschaftlichkeit der Zeitungsunternehmen. Als Folgen dieser Erscheinungen, von denen Verleger wie Schriftsteller, Verleger wie Intendanten betroffen werden, werden sich, wenn nicht einigermaßen ein Ausgleich geschaffen werden kann, bemerkbar machen: Die politische und kulturelle Bedeutung der Presse wird herabgemindert werden. Ein allgemeiner Niedergang der Volksbildung muß die Folge sein. Politisches Interesse und Anteilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Volkes werden einschlafen, der Kontakt zwischen Regierung und Volk, zwischen Parlament und Wählern ist gefährdet. Die Kenntnis von den Vorgängen in der Welt, das Verständnis für Weltpolitik und Weltwirtschaft wird fehlen.

Dem muß aus vaterländischen und kulturellen Gesichtspunkten heraus vorgebeugt werden. Leider kennen wir keinen anderen Ausweg aus diesen Verhältnissen, als eine weitere Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise. Wie dürfen nach den vorliegenden, rein sachlichen Ausführungen erwarten, daß unser Vaterland die unumgänglich notwendigen, geringen Aufschläge ohne Groll hinnimmt und seiner Zeitung die Treue hält. Was haben denn die Zeitungen bisher jeweils mehr gefordert: ein paar Pfennige, ein Nichts fast gegenüber den ungeheuren Steigerungen aller Bedarfsartikel, aller Lebensmittel, die, wenn auch nicht gern, aber doch immerhin bezahlt werden, weil sie Bedürfnisse des Lebens sind. Und ist geistige Kost, Wissen, Belehrung, Unterhaltung nicht ebenso notwendig, und nicht notwendiger, als manches banale Vergnügen, für das man unbedacht ein paar Mark hingibt?

Der „Mannheimer General-Anzeiger“ kostet heute 12 Mark den ganzen Monat. Das sind bei 52 Ausgaben im Monat durchschnittlich 23 Pfennig für eine Ausgabe. Was kann man sich denn sonst für diese 23 Pfennig kaufen? Nichts! — garnichts! Aber für diese 23 Pfennige kommt die Zeitungsfrau täglich ins Haus und legt dem Ehegatten eine Zeitung hin, die ihn über alles, was in der ganzen Welt vorgeht, unterrichtet, die ihn über politische, geistige und soziale Fragen auf dem Laufenden hält, die seine Angelegenheiten berührt und auch seine Wünsche zum Ausdruck bringt.

Es ist Sache der maßgebenden Regierungstellen wie der Presse, ihr Teil dazu beizutragen, die deutsche Presse auf ihrer Höhe zu halten. An ihr wird es gewiß nicht fehlen, wenn sie diese Unterstützung findet.

National-Theater Mannheim.

Der Waffenschmied.

Fräulein Mary Kengel vom Staatstheater Kassel hat dem Publikum, sowohl der lebhaften Beifall Beweiskraft hat, sehr gut gefallen. Es fragt sich aber, was hat denn an unserem Gast so gut gefallen? Nun, zunächst wohl die frische Jugend, das angenehme Aussehen, ein flottes Spiel und wohlklingende Stimmliste. Für uns andere ergötzt sich diesen guten Eigenschaften gegenüber eine andere Frage: sollen wir den Gast aus Kassel gegen Frau Elise Bloch eintauschen? Das Publikum der früheren Zeit würde mit „Nein“ antworten! Es würde die ausgeglichene Kunst unserer heimischen Soubrette vorziehen, es würde die berlinisierende Ausarbeitung, die Fräulein Kengel Vorlesungs Marie zu geben beliebt, mit Bescheiden bemerken, es würde die Vermischung der Vollenbreiten-Gefühllichkeit mit allerlei neuen Wägen als Alibi empfinden, es würde auch keine rechte Freude an dieser Sopranstimme haben. Sie klingt in der zwieselfrischen Oktave rund und weich, frisch und voll; aber dies Klangvolumen geht auf Kosten der Mittellage, und in der Tiefe tritt uns der Mangel der Technik entgegen. Ein Opfer der Gellingschreier, wohl noch zu retten, aber nicht! Nun, vielleicht findet unser Gast auf diese Stellen hin die gewünschte Anstellung! Aber sollte „man“, wenn einmal dies System verfolgt, wenn die Festsitzung gewissen Rollen zugewiesen wird, nicht sparsamer handeln und solche Gastspiele auf Anstellung ganz unterlassen? Für die Oper müßte dies ein Glück und wir, die Kinderheit, müßten uns so zufrieden geben. Eine andere Frage: wollen unsere „Besitzer“ Künstlerinnen sich des Publikums gefallen lassen? Man sollte die neuesten Stimmen aus dem Publikum nicht „überhören!“

Den biederem Waffenschmied gab Herr Heinrich Hölzlin vom Landestheater Darmstadt mit der Erfahrung eines Schauspielers, mit den Stimmmitteln eines neutralen Baritons von begrenztem Umfang, ohne Ubertreibungen im Extremem, im gelanglichen Teile mit lobenswerter Tonbildung. Also recht annehmbar. Herr Paul Breilach spielte das Ganze, mit Ubertreibung und Geistesgegenwart allerlei ethnische Schindeln abhangend. So im Extrem des zweiten Aktes, als die Kutsche auf Abwege geriet. Doch der junge Herr! Überall den achselnackten Ruffert verleiht, sei noch besonders erwähnt! Und zum Schluß wollen wir das Gute gefeiert: des Grafen Biedemann und seines Knappen, der altmodischen Instrumente und des vorzüglichen Akteurs aus Schönbach. Ein alle — also die Herren Biedemann und Biedemann, Fräulein Betty Koster und Herr Böhm — waren in der besten Geklamme. Herr Biedemann aber, unser neuer Brenner, schuf eine Episode, die den

Wirtschaftliche Fragen.

Bedrohliche Lage der Kohlenversorgung Süddeutschlands.

D.N.B. Berlin, 30. Nov. Nach einer Mitteilung des Reichskohlenkommissars hat sich in den letzten Tagen die Wagenstellung im mitteldeutschen Kohlenrevier, besonders aber im Ruhrrevier so verschlechtert, daß die Kohlenzufuhr für die wichtigsten Verbraucher ins Stocken geraten ist. Der Verkehr auf dem Rhein-Herne-Kanal und auf dem Main-Donau-Kanal wegen des Frostes stillstand und auch die Rheinschiffahrt muß wegen des Wassermangels eingeschränkt werden. Diese manuelle Kohlenverlustrage würde sich besonders in den Südstaaten Deutschlands empfindlich bemerkbar machen, wenn es der Eisenbahn nicht gelang, in den nächsten Tagen die Wagenstellung im Kohlenrevier wesentlich zu verbessern.

Städtische Nachrichten.

Ortsstatut für die städtische Schloßbücherei und das historische Museum.

Der Bürgerausschuß hat in seiner heutigen Sitzung dem Ortsstatut für die städtische Schloßbücherei seine Zustimmung zu geben. Am 19. Juli d. J. hat das Kollegium einen Stadtratsbeschluss zugestimmt, wonach die dem Verein Öffentliche Bibliothek gehörige Büchereisammlung in städtische Verwaltung übernommen wurde. Es empfiehlt sich nunmehr, die Zuständigkeiten der verschiedenen Organe der Bücherei durch ein Ortsstatut zu regeln. Larnach wird die Schloßbücherei von einem sachkundigen gebildeten Vorstand geleitet, der die Schloßbücherei nach außen vertritt, soweit sich dies nicht der Oberbürgermeister vorbehält. Der Verwaltungsrat ist u. a. zuständig für die Erwerbung und Veräußerung von Büchern, soweit nicht der Vorstand ermächtigt wird, die Regelung der Beschaffungszeit der Bibliothek und die Erhebung von Gebühren und für bauliche Veränderungen und den baulichen Unterhalt im Rahmen des Budgets vorbehaltlich der dem Stadtrat übertragenen Befugnisse. Dem Stadtrat bleibt vorbehalten die Beschlußfassung über Angelegenheiten, welche der Zustimmung des Bürgerausschusses bedürfen, die Aufstellung von Richtlinien für die Schloßbücherei, die Ernennung des Vorstandes und die Befestigung von Stellen, die nicht der Vorstand besetzt, und die Anordnung von Bauten und wichtigen baulichen Veränderungen.

Der Beschluss, die vom Mannheimer Altertumsverein begründeten Sammlungen in städtische Verwaltung zu übernehmen, wurde am 3. Juni d. J. vom Bürgerausschuß gefasst. Das nunmehrige Ortsstatut regelt in gleicher Weise alle dasjenige, was die Schloßbücherei die Zuständigkeiten der Direktoren und des Verwaltungsrates und stellt fest, welche Fragen der Entscheidung des Stadtrats vorbehalten bleiben. Das Museum umfasst zwei Hauptabteilungen: a) eine archäologische Abteilung (Antiquarium, griechisch-römisches Altertum, Ausgrabungsfunde, Glasabfälle), b) eine neuere Abteilung (die heimatsgeschichtlichen, kulturgeschichtlichen und kunstgeschichtlichen Sammlungen). Jede der beiden Abteilungen wird von einem sachkundigen gebildeten Direktor geleitet. Der Verwaltungsrat, der zur Unterstützung des Stadtrats eingesetzt wird, besteht aus dem Oberbürgermeister und seinem Stellvertreter aus 11 vom Stadtrat zu ernennenden Mitgliedern, von denen 6 vom Verein bezeugt werden. Die beiden Direktoren vertreten das Museum nach außen, soweit sich dies nicht der Oberbürgermeister vorbehält. Sie sind befugt, im Rahmen des Haushaltsplans für ihre Abteilungen — insbesondere in eiligen Fällen — Anschaffungen selbstständig zu vollziehen, soweit diese den Betrag von 1000 M. für den einzelnen Gegenstand nicht überschreiten. Etwaige zu ihrer besonderen Verfügung bereitgestellte Mittel können von ihnen nach ihrem Ermessen verwendet werden. Dem Direktor der neuere Abteilung steht die unmittelbare Leitung und die laufende Verwaltung des Museums ob mit Ausnahme der wissenschaftlichen Leitung der archäologischen Abteilung.

Zur Berechnung der neuen Mietpreise

wird uns unsern G. K.-Mitglieder geschreiben: Tag die Mietpreise bei den lawinenschnellen anwachsenden Ausgaben und Reparaturkosten auf der bisherigen Höchstpreisregelung nicht bleiben können, sieht jeder ein. Umritten ist nur die Höhe. Karlsruhe gewährt bereits 12 Proz. Bruttoerhöhung des Hauswerts. Heidelberg regelte die Verteilung der fortwährend steigenden Steuern und Umlagen so, daß sie prozentual auf sämtliche Mieter umgelegt werden, den im Haus wohnenden Hauseigentümern natürlich mit eingeschlossen. Stuttgart hat dieses Verfahren schon seit 1916. Die Bemerkung bricht sich Bahn, daß Hausbesitzer und Mieter aufeinander angewiesen sind und die Wohnungsfrage nicht nur vom Standpunkt des einen oder anderen Teils gelöst werden kann, wenn nicht schließlich die der Sozialist Duellist richtig voraussetzt, große Teile unseres Volkes in kurzer Zeit obdachlos werden und damit dem Untergang ausgeliefert werden sollen. Tag die Einigung zwischen Mietern und Vermietern nicht schon weiter gehen soll, liegt teilweise an der falschen, von erherrigtem Parteiparadigma oft in bequemer Unachtsamkeit verbreiteten Meinung, eine Steigerung der Mieten komme nur den Hausbesitzern zugute. Im diesem Mithrasen zu be-

gügen, falschen Gewerkschaften, Mietervereinigungen, Hausbesitzerorganisationen und Behörden in Essen einen durchaus empfehlenswerten Weg zur Sanierung der Wohnungswirtschaften und Mietervereinigungen werden bestimmter Härten genannt, deren Rentabilität objektiv erhoben und festgestellt werden soll. Dabei ergab sich die Notwendigkeit einer Steigerung der Friedensmiete von 92 Prozent ohne Reparaturen, während letztere ähnlich wie in Mannheim 48 Proz. Höchststeigerung zulässig war. Und aufgrund dieser wahrhaft objektiv errechneten Sätze genehmigte die Regierung eine Steigerung von 90 Proz. Jeder Mieter, der die Zahlung der 90 Prozent verweigern würde, würde vom Mietungsamt dazu gezwungen. Bemerkte sei noch, daß in Norddeutschland das Wassergeld meist im Mietpreis inbegriffen ist. Es kommt bei der Mietpreisberechnung aber auf das Gleiche hinaus; denn auch diese Nebenkosten waren bis 1914 niedriger. 10 Proz. dieser gesteigerten Miete sollen für laufende Reparaturen verwandt werden. Letztere einseitige Belastung der Hauseigentümer beweist zwar auch in Essen, daß die Regierung nicht magt, die volle gerechte Entlastung aus den von Stadtverwaltung, Gewerkschaften, Mietervereinen und Grundbesitzern unterstützten Forderungen eines Prozentigen Aufschlags ohne Reparaturen zu erfüllen.

Aus der gleichen Feder ist folgende kritische Auslassung über die monatliche Preiserhöhung geflossen: In der Berechnung des Herrn Bürgermeister Dr. Walli mit Interzessenten des Wohnungswesens wurde zur Aufklärung und Vorbereitung der Bevölkerung mitgeteilt, daß durch die Wohnabgabe eine erhebliche Steigerung der Miete eintreten wird, daß diese Wohnabgabe in den nächsten Jahren wird erhöht werden müssen, infolgedessen wird auch eine Fünftelsteigerung der Miete eintreten. Die Bevölkerung müsse sich heute schon an den Gedanken gewöhnen, daß eine erhebliche Mieterlasten eintreten muß, eine Steigerung, die lediglich der Allgemeinheit zugute kommt. Diese Mitteilung sollen beruhigen. Das Gegenteil tritt ein. So dankenswerter die Offenheit Dr. Walli ist, so verfehlt sie ihren Zweck, wenn nicht endlich auch der letzte folgerichtige Schritt getan wird nämlich alle neuen Wohnungslasten unmittelbar bei allen Wohnungsinhabern zu erheben und endlich das manchmal begründete, oft aber auch unbegründete Mißtrauen der Mieter gegen die Vermieter von vornherein unmöglich zu machen. Dadurch ist den Vermietern jeder Boden entzogen, die Neubelastung gleichmäßig zu einer Mietersteigerung zu ihren Gunsten zu benutzen. Wer jetzt sich denn eigentlich gegen die einzig vernünftige Einführung der Heibelberger oder Stuttgarter Art der Umlage auf alle Wohnungsinhaber? Freunde gerechter Verteilung der Lasten gewiß nicht und Freunde bürgerlicher Friedens auch nicht. Herr Bürgermeister Dr. Walli würde sich ein Verdienst um die ganze Mannheimer Bevölkerung erwerben, wenn er diesen Pantoffel zwischen Mietern und Vermietern aus der Welt schaffte. Alle gerechte Denkmäler wird er auf seiner Seite haben. Und sozial ist das Verlangen auch. Wer große Wohnungen innehat, gehört in der Regel auch zu den Vermietern und kann, da ja nach dem Mietverhältnis verteilt wird, auch mehr zahlen einzeln ob er Mieter oder Vermieter ist. Wer diese gerechten Forderungen nicht einsieht oder gar bestreitet, der will eben sich schonen auf Kosten anderer, mögen die Verhältnisse der „Anderen“ auch trauriger sein als die eigenen. Man schaffe doch endlich Ruhe zwischen Mietern und Vermietern!

Hierzu ist zu lesen, daß nach unserer festen Überzeugung sich ein gerechter Ausgleich in den widerstreitenden Interessen der Mieter und Vermieter finden lassen wird. Dafür bürgt uns die Persönlichkeit des Herrn Bürgermeisters Dr. Walli. Nur dürfen die Hausbesitzer, wie wir bereits andeuteten, nicht erwarten, daß ihnen nun auf einmal alle Pöbel abgenommen werden. Damit wird sich der Mieter allerdings abfinden müssen, daß die Zeiten der Niederkämpfung der Mieten durch bürgerliche Maßnahmen bald der Vergangenheit angehören werden. Die Lage des notleidenden Hausbesitzers muß unter allen Umständen verbessert werden. Dieser sozialen Rücksicht kann kein Mensch entgehen. Man wird aber auch hier individualisieren müssen.

Protestversammlung der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten.

Zu einer Protestversammlung vereinigen sich gestern die Mitglieder einer Reihe von Organisationen der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, soweit sie den Gehaltsgruppen 1—7 angehören. Die Räume der Bäckerei waren überfüllt, als Herr Wachmeister A. B. vom Polizeibeamtensverband mit einleitenden Ausführungen die Versammlung eröffnete. Referent war der 1. Vorsitzende des Badischen Büro- und Kanzleibeamtensverbandes, Bezirksgruppe Mannheim-Heidelberg, Herr Kempf über das Thema „Steigerung der Besoldungsordnung und unsere wirtschaftliche Notlage“. Er sprach von dem Geld, das unter den Beamten der unteren Gehaltsgruppen herrscht. Bei den jüngsten Gehältern können die unteren Beamten an Bewandlungen, an die Auffrischung der notwendigen Bekleidung, an Einbeziehung mit Brennmaterial und Kartoffeln überhaupt nicht denken, geschweige denn, daß ihnen etwas für kulturelle Bedürfnisse übrig bleibt. Die unteren Beamten stellen sich nicht auf den Standpunkt, daß die oberen zu viel hätten, sondern sie sagen und beweisen, daß sie zu wenig Gehalt haben. Die Forderungen des Referenten gehen auf eine radikale Einsparung in der Besoldungsordnung aller im Reichs-, Staats- und Gemeindefunktion tätigen Beamten, auf die Gewährung einer gleichmäßigen Teuerungsvorgabe für alle Gruppen als bewährtester Faktor, wie sie bei der Verabschiedung des Besoldungsantrages am 1. April 1920 vorgelegen und allerorts als sozial gerecht

gung ihm nun auch etwa zum Lebensberuf werden zu lassen und es einem entsprechenden Meister in die Lehre zu geben. Denn, wie versteht man unter einer solchen Annahme sein würde, konnte man oben bereits zur Genüge erkennen.

Und ein Blick in die Wirklichkeit, ein Blick ins Leben, bringt uns zu Überzeugung, daß es nicht lauter Handwerker, also Schneider, Schmied, Fleischer, Buchbinder u. a. geben kann; daß es daneben auch noch andere Berufe geben muß, geistige Berufe, welche für jene ersten die Vorbildungen, die geeigneten Grundlagen, jeweils zu schaffen haben.

Kunst und Wissen.

6. Mannheimer Künstler auswärts. Die Mitwirkung Fräulein Eugenie Krämers (Schülerin von Frau Kammergängerin Kocke-Hendel) beim Herbstkonzert des Gellingschreiers „Kurella“ in Sandhofen gestaltete sich für die junge angehende Künstlerin, die über eine schöne, wohlgebildete Sopranstimme verfügt und an diesem Tage (27. Nov.) zum erstenmale in der Öffentlichkeit trat, zu einem großen Erfolg. Auch der Instrumentalist, Adalbert Steinmann, Solofist des Nationaltheaters, erntete gleich dem Chorleiter Gustav Daurer reichen Beifall.

7. 100 Millionen Theaterbesucher. In Frankfurt a. Main. Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sollen die Theaterangehörigen und Arbeiter in ihren Bezügen denen der Stadt gleichgestellt werden. Infolge dessen ist, wie das „Mittagsblatt“ meldet für die Theater ein Mehrbedarf von 5 Millionen M. notwendig geworden von dem man hofft, 2 Millionen durch erhöhte Eintrittsgelder aufbringen zu können. Für die restlichen 3 Millionen sind Subventionen für das neu begonnene Theaterjahr von 5 auf 8 Millionen Mark notwendig werden. Entsprechende Vorlage soll der Stadtverordnetenversammlung zugehen.

Kleines Feuilleton.

8. Passionspiel-Szenen. Der Stadtrat von Schöngau hatte an Oberamtmann einen Brief erhalten, die nächstjährigen Passionsspiele bis zur Wiederkehr normaler und gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse zu verschieben, da zu befürchten sei, daß die Flut von Ausländern und die Herabdrückung der deutschen Zahlungsmittel und Kaufkraft durch die des ausländischen Geldes eine große Gefahr für Volk und Land bedeuten werde. Das Oberamtmann der Passionspielkommission hat darauf geantwortet, daß eine Verschiebung über 1922 hinaus unmöglich sei. Die Passionsaufwendungen der Gemeinde und der einzelnen Einwohner seien bereits so hoch, daß eine Verschiebung oder ein Aufhören der Passionsspiele Gemeinde und Einwohner in eine

Handel und Industrie.

Grosskraftwerk Mannheim A.-G.

Die Mannheimer Bankfirmen veröffentlichen im Anzeigenblatt vorliegender Ausgabe unseres „General-Anzeigers“ den Prospekt über 100 Mill. A. 5%, vom Jahre 1926 ab zu 102% rückzahlbare Anteile der Grosskraftwerk Mannheim Aktiengesellschaft. Diese Anteile sind erstattungsgemäss gesichert unter selbstschuldnerischer solidarischer Bürgschaft ihrer Gründer: Stadtgemeinde Mannheim, Badische Landes-Elektrizitäts-Versorgung A.-G. (Baden-Werk) in Karlsruhe, Pulzwerke A.-G. in Ludwigshafen, Neckar A.-G. in Stuttgart. Wie wir seinerzeit meldeten, wurde das Grosskraftwerk Mannheim am 8. Novbr. dieses Jahres gegründet. Sitz der Gesellschaft ist Mannheim. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und Betrieb eines Grosskraftwerkes für die Deckung des Bedarfs an elektrischer Energie im Versorgungsgebiet der Stadt Mannheim, der Pfalz, in Unterbaden und Deckung des Ausfallsstrombedarfs der Neckar A.-G. Im Rheingebiet, unmittelbar am Rhein, wird zur Erfüllung dieser Aufgaben ein neues Kraftwerk errichtet. Der Bau der Anlagen ist begonnen. Zur Beschaffung der Mittel für den ersten Ausbau ist die Gesellschaft zunächst 100 Mill. A. mit 5% verzinslich, vom Jahre 1926 mit jährlich 1% zusätzlich ersparter Zinsen zum Kurse von 102%, durch Auslosung rückzahlbare Schuldverschreibungen aus. Die Gründer haben die Bürgschaft für Zinsen und Tilgung der Anteile übernommen. Ebenso ist die Mündelsicherheit der Anteile beim badischen Justizministerium beantragt. Die Notierung der Anteile an der Börse von Mannheim und Frankfurt a. M. wird beantragt. Der Verkauf der Anteile erfolgt von heute ab freihändig durch die im Anzeigenblatt veröffentlichten Mannheimer Bankfirmen zum Kurse von 101 1/4%. Die Berechnung kann ab 15. Dez. d. J. erfolgen.

Lux'sche Industriewerke A.-G., Ludwigshafen a. Rh. Für die 4,7 Mill. A. neuen Aktien der Gesellschaft wurde die Zulassung zur Münchener Börse beantragt.

Die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, der von der russischen Regierung 18 Lokomotiven in Auftrag gegeben sind, hat die beiden ersten fertiggestellt und vor einigen Tagen nach Hamburg abgesandt. Zwei weitere Lokomotiven folgen in einigen Tagen. 6 werden im Dezember und 8 im Januar abgeliefert werden, sodass die Gesellschaft die erste deutsche Firma sein wird, die ihren Auftrag erledigt haben wird. Die russische Regierung hat im ganzen 700 Lokomotiven in Deutschland bestellt. Den größten Auftrag erhielt die Firma Henschel & Sohn in Kassel mit 137 Stück. In Süddeutschland sind im ganzen 61 Lokomotiven bestellt worden, die sich auf vier Firmen verteilen.

Bad. Holzwerkzeugfabrik A.-G. vorm. Otto Mainzer u. Cie., Bad. Wie verleiht, erhöhte die Gesellschaft ihr Grundkapital um 0,62 auf 1,25 Mill. A.

Fürstentümliche Brauerei A.-G., Donaueschingen. Die Gesellschaft nahm eine bedeutende Erhöhung ihres Aktienkapitals, und zwar von 1,21 auf 4,21 Mill. A. vor.

Schleppschiffahrt auf dem Neckar, in Heilbronn. Wie verlautet, vermehrt die Gesellschaft, die unter dem bald jährlichen anhaltenden Kleinwasserstand des Neckars zu leiden hat, ihr Grundkapital um 2,50 Mill. A. neue Aktien.

Zahlungsschwierigkeiten einer Berliner Effektenfirma. Die erst seit einem Jahre bestehende Effektenfirma Bruno Basch, die ein reges Geschäft mit Provinzbanken unterhielt, geriet in Schwierigkeiten. Die Verluste in Dollarnoten sollen ihre Mittel beengt haben.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 30. Nov. Das Geschäft an der heutigen Börse war wieder außerordentlich belebt. Zunächst in Bankaktien und wurden gehandelt: Pfälzische Bank zu 410%, Pfälzische Hypothekenbank zu 335%, Badische Bank zu 600%, Rheinische Hypothekenbank zu 330% und Süddeutsche Disconto zu 500%. Creditbank stellten sich 460 bez. und G. Größere Abschlüsse vollzogen sich in Anilin zu 872%, in Westereisen zu 1450%, Benz zu 800%, Dampfkessel Rodberg zu 1500%, Karlsruher Maschinenbau zu 1325%, Waggonfabrik Fuchs zu 920%, Zementwerke Heidelberg zu 950%, Rheinische Elektrische zu 730%, Freiburger Ziegelwerke zu 700%, Zellstoff, Waldhof zu 1000%, Zucker Frankenbal zu 986% und in Zuckerfabrik Waghäusel-Aktien zu 991%. Weiterhin in Bad. Assekuranz und Mannheimer Versicherungs-Aktien: Notizen: 2500 bzw. 2800 A. pro Stück. Von Brauereien waren im Verkehr: Ludwigshafener Aktienbrauerei zu 1110%, Mannheimer (Mayerhof) zu 740% und Sinner-Grünwinkel zu 1580%.

Von der Frankfurter Börse. In der nächsten Woche finden Börsenversammlungen der Wertpapierbörse am Mon-

tag, den 5. Mittwoch, den 7. und Freitag, den 9. Dez. statt. In der übernächsten Woche ist der Verkehr für Vottbörsen auf Montag, den 12. Mittwoch, den 14. und Freitag, den 16. Dezember festgesetzt. Devisen und Noten werden an den übrigen Werktagen wie bisher notiert.

Beschränkter Zutritt zur Berliner Börse. Der Berliner Börsenvorstand hat angeordnet, daß vom 12. Dezember ab nur noch gegen Vorzeigen der Börsen- oder Eintrittskarte der Eintritt gestattet wird. Die Maßnahme soll strengstens durchgeführt werden, da die Ueberfüllung der Börsensäle zum größten Teil auf die Anwesenheit nicht befugter Personen zurückgeführt wird.

Devisenmarkt.

Ein Dollar = 210 A.

= Mannheim, 1. Dez. (9.25 vorm.) Die Preise der ausländischen Zahlungsmittel sind weiterhin abgeschrieben. Insbesondere ist der Wert des Dollars wesentlich zurückgegangen. Während der Kurs gestern noch mit 275 A. notierte, stand heute früh der Dollar auf 210 A. Die Mark kam nachbörsllich mit 0,45 1/2 cts aus New York, was einem Kurswert von 217 A. entspricht. Am hiesigen Platze wurden genannt: Holland 7440, Kabel New York 210, Schweiz 4000, London 845, Paris 1475, alles Briefkurse, ohne jegliches Angebot.

= New York, 30. Nov. Die Reichsmark notierte bei Börsenschluß 0,45 1/2 (0,365) cts., was einem Kurs von 231,21 (275,86) A. für den Dollar entspricht.

Wien.	30	31	Paris (in Kronen)	30	31
Amsterdam	2381 50	3064 50	Frankfurt	1351 75	1839 75
Berlin	27 22	35 22	Zürich	27 47	34 18
Kopenhagen	1214 75	1614 75	London	27 47	34 18
London	259 90	344 80			

Zürich.	30	31	(in Franken)	30	31
Berlin	1 30	2 30	Hamburg	21 30	21 30
Wien	0 17	0 1	Köln	34 55	34 73
Prag	5 53	5 60	Kopenhagen	97 25	97 25
Holland	106 18	127 18	Stockholm	121 25	121 25
New York	5 23	5 25	Christiansia	74 75	74 50
London	20 91	21 92	Madrid	73 25	73 25
Paris	38 30	35 70	Genoa	170 18	180 18

Amsterdam.	30	31	(in Gulden)	30	31
Wien	11 24	11 32	Wien	66 30	66 40
Berlin	1 01	1 18	Christiansia	40 30	40 30
Paris	19 47	20 15	New York	2 81	2 83
Schwiz	03 35	03 37	Brüssel	18 87	19 22
Wien	0 03	0 03	Madrid	31 10	30 27
Kopenhagen	82 30	82 40	Italien	11 42	11 42

Kopenhagen.	30	31	(in Kronen)	30	31
Stockh.	2 02	2 35	Stockh.	21 37	21 50
Amsterdam	4 23 33	151 50	Paris	37 53	37 50
Schwiz	103 23	103 05	Astoria	45 75	46 30
New York	5 42	5 38	Helsingfors	9 30	9 30

Stockholm.	30	31	(in Kronen)	30	31
Stockh.	1 80	1 75	Stockh.	17 01	16 93
Amsterdam	150 40	151 25	Paris	21 57	22 50
Schwiz	61 18	61 18	Brüssel	20 30	20 30
Washington	4 23	4 23	Helsingfors	7 23	7 23

New York, 30. November (WB) Devisen	30	31	30	31	30	31
Frankreich	21 30	21 30	Schwiz	15 10	15 10	15 10
Belgien	6 62	6 72	Japan	13 10	13 10	13 10

Neuere Drahtberichte.

= Stuttgart, 1. Dez. (Eig. Drahtb.) In der gestrigen a.-o. G.-V. der Deutschen Verlagsanstalt, in der 5606 Stimmen vertreten waren, wurde die Dividende auf 12% festgesetzt und die Erhöhung des Aktienkapitals um 1,50 auf 6,50 Mill. A. zwecks der an die Verlagsanstalt vorzunehmenden Angliederung der Verlagsfirma Egon Fleischel-Berlin wie weiterer Verlagsunternehmungen genehmigt.

= Berlin, 1. Dez. (Eig. Drahtb.) Die Vereinigte Zement- und Kalkwerke Schimchow Silesia und Frauendorf A.-G. in Schimchow beruft eine G.-V. zur Genehmigung der Kapitalerhöhung um 34 auf 45,60 Mill. A. ein. Diese G.-V. ist lediglich formalen Charakters, da die Erhöhung bereits beschlossen ist.

= Berlin, 1. Dez. (Eig. Drahtb.) Die Vereinigten Gothia-Werke A.-G. in Gotha (Gummireifen) erhöhen ihr Aktienkapital um 3,50 Mill. A. Stammaktien auf 10 Mill. A. Die letzte Dividende der Gesellschaft betrug 20%.

= Berlin, 1. Dez. (Eig. Drahtb.) Die Ramsdorfer Braunkohlenwerke weisen nach 200 694 A. (270 465 A.) Abschreibungen einen Verlust von 190 223 A. aus.

= Berlin, 1. Dez. (Eig. Drahtb.) Die Gothaer Waggonfabrik A.-G. erzielt einen Reingewinn von 9 008 (2 311) Mill. A. aus dem 25% (20%) Dividende ausgeschüttet werden. Der Auftragsbestand wird als befriedigend bezeichnet, doch seien die Preise für die Aufträge von der Eisenbahnverwaltung nicht mehr auskömmlich.

Waren und Märkte.

Neue Rohisenpreise.

In der am gestrigen Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Rohisenausschusses des Eisenwirtschaftsbundes wurden folgende Preiserhöhungen beschlossen: Hämatit und cu-

armes Stahlisen 1191 A., Gießereirohisen I und III 1126 A., Siegerländer Stahlisen 905 A., Spiegeleisen 390 A., Gießereirohisen, Luxemburger Qualität, 1078 A., Ferromangan, 80%, 1200 A., Ferromangan, 50%, 3450 A. (mit Kureklausel), Ferrosilizium 1550 A., Temperrohisen 900 A. Demnach stellen sich die neuen, für Dezember als Höchstpreise geltenden Verkaufspreise wie folgt: Hämatit 3891 A., cuarmes Stahlisen 3556 A., Gießereirohisen I 3326 A., Gießereirohisen III 3250 A., Siegerländer Stahlisen, Spiegeleisen, Gießereirohisen, Luxemburger Qualität, 2753 A., Ferromangan, 80%, 11750 A., Ferromangan, 50%, 9200 A., Temperrohisen 3300 A., Ferrosilizium 4500 A. Die Preiserhöhungen sind bedingt durch die ganz erhebliche Verteuerung des Rohs, durch die weitere Verteuerung der ausländischen Erze infolge der ständig fortschreitenden Entwertung unserer Währung (eine schwedische Krone gleich 65 A. gegen 37 A. am Tage der letzten Preisfestsetzung), durch die Preissteigerung der Inlandserze sowie endlich durch die Lohnsteigerung und die am 1. Dezbr. in Kraft tretende 50%ige Frachterhöhung. Hierzu ist zu bemerken, daß bei der Preiserhöhung für Siegerländer Stahlisen und Spiegeleisen die am heutigen 1. Dezbr. in Kraft tretende, in ihrem Ausmaß indes noch nicht feststehende Verteuerung des Siegerländer Eisensteins noch nicht berücksichtigt ist. Die obigen Sätze erfahren infolgedessen noch eine Änderung.

Berliner Metallbörse vom 30. November.

Preise in Mark für 100 kg.

22. Novbr.	23. Novbr.	24. Novbr.	25. Novbr.	26. Novbr.
Elektrolytkupfer	84 77	82 32	Aluminium L. Berr.	11 000
Raffinadekupfer	71 50 - 72 50	67 00 - 68 00	Zinn, asiatis.	181 00 - 182 00
Blau	27 75 - 28 50	25 50 - 26 00	Hüttenzinn	181 00 - 182 00
Rotkupf. (Vb.-Pr.)	22 00 - 23 00	23 00 - 23 50	Nickel	197 00 - 198 00
do. (fr. Verk.)	23 00	23 00	Antimon	27 00 - 28 00
Plattinoid	21 50 - 22 00	20 00 - 20 50	Silber für 1 kg.	42 50 - 43 25
Aluminium	11 20 - 11 40	10 00		

London 30. November (WB) Metallmarkt (in Lat für a. engl. L. v. 1016 kg.)	23	30	23	30
Kupfer Kass.	87 0	87 15	Bestand	70 -
do. 3 Mon.	86 50	86 15	Zinn Kass.	182 00
do. 1 J. 1/2	77 50	77 50	do. 3 Mon.	182 00

Bremen, 30. Nov. Baumwolle 102.10 (119.50) A. für 1 kg.

Liverpool, 30. November (WB) Baumwolle (in engl. Pfd. v. 454 g.)	23	30	23	30
Umsatz	6000	7000	Januar	10 71
Import	12 13	27 33	Februar	10 78
November	10 96	10 97	Ägyptische	12 10
Dezember	10 91	10 97	Ägyptische	12 10

Amerikanischer Funkdienst.

New York 30. November (WB) Funkdienst (Nachdruck verboten).	23	30	Zuf. aus	23	30	Stand	15.	15.
Kaffee Ioka	9 00	9 00	Elektron	13 75	13 75	Grand Bat.	4 -	4 -
Danzig	8 65	8 55	Zinn Ioka	80 -	23 75	Cash Centr.	4 11	4 11
Mexico	8 35	8 30	do.	1 75	1 75	Forpatti	61 -	60 -
Japan	8 15	8 15	do.	4 75	4 75	Savanna	71 50	72 50
Indien	8 15	8 15	do.	20 50	20 50	1. Jri Janu	17 25	17 25
Singapore	7 94	7 30	Waldheim	12 75	12 75	127 25	127 25	127 25
Siam	17 90	18 00	Schwiz	8 70	8 70	Hart Ioka	128 50	128 50
Novemb.	17 31	17 31	Fals	6 15	6 15	Kass Ioka	60 -	62 50
Dezemb.	17 40	17 60	Baumwoll	7 15	8 12	Lebelsier	4 50	4 30
Januar	17 41	17 61	Jan.	8 25	8 40	Nebel Fr.	0 50	0 50
Februar	17 38	17 40	Petrol. oases	18 50	18 30	Lebelsier	4 -	4 -
März	17 38	17 45	Lebelsier	15 10	15 10	Kass Ioka	15 -	15 -

Chicago, 30. November (WB) Funkdienst (Nachdruck verboten).									
	23	30		23	30		23	30	
Wien Nov.	111.65	113.75	Japan Nov.	87.80	91.55	Japaner			
Novbr.	115.40	117.75	Schwiz Nov.	8.80	8.85	Lebelsier miedr.	6.85	6.80	
Dezbr.	117.15	119.50	Jan.	8.70	8.70	Lebelsier	7.10	7.10	
Jan.	117.15	119.50	Febr. Nov.	15.10	15.40	Novbr. miedr.	6.05	6.05	
Febr.	117.15	119.50	März Nov.	7.20	7.20	Jan. miedr.	7.10	7.10	
März	117.15	119.50	Japan miedr.	7.20	7.20	Febr. Chicago	5.70	5.70	
April	117.15	119.50	Lebelsier miedr.	7.75	7.75	Wien	138.00	134.00	
Wien	117.15	119.50							
Novbr. Nov.	82.65	86.00							

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Dezember

Paßel isten von	Datum							Bemerkungen
Rhoda	25	27	29	31	33	35	37	1
Scheiterhaas	1,55	0,53	0,45	0,52	0,35	0,31		Abschle 8 Uhr
Kohl	1,51	1,43	1,33	1,44	1,4	1,37		Nachm 2 Uhr
Wassers	1,37	3,01	2,99	2,91	2,93	2,91		Nachm 2 Uhr
Wasserkohl	1,74	1,73	1,67	1,53	1,60	1,54		Morgens 7 Uhr
Salz			0,33	0,31	0,32			F-3, 12 Uhr
Knap		0,31	0,33	0,31	1,32			Vorm. 2 Uhr
Köhl		0,41	0,37	0,32	0,31			Nachm 2 Uhr
vom Neckars								
Karnapf	1,77	1,75	1,72	1,61	1,62	1,61		Vorm. 2 Uhr
Heilbronn			0,16	0,13	0,29	0,34		Vorm. 7 Uhr
Wandstätt, Heiter - B'								

